überregional wahrgenommener Imageträger für den kulturfreundlichen Kanton Aargau, sondern drückte auch dessen Willen aus, seinen Einsatz für die Kultur dem Einfluss kurzfristiger Schwankungen der Budgetpolitik zu entziehen. Es ist daher zu überlegen, wie das Kulturprozent ebenbürtig ersetzt werden könnte – als ‚Marketinginstrument‘ aargauischer Politik wie als sichtbares Zeichen für die ideelle Verpflichtung des Kantons gegenüber der Kultur.

2. Aushängeschilder

Wir befürworten, dass der Kanton mit dem neuen Kulturgesetz die wichtige Staatsaufgabe verstärkt wahrnehmen möchte, jenen grossen Institutionen direkte Förderung zu gewähren, die sich in erster Linie der Bewahrung und Vermittlung unseres kulturhistorischen Erbes widmen. Mit dem Begriff ‚Aushängeschilder‘ ist hingegen vorsichtig umzugehen, da er falsche Erwartungen bzw. Zielvorstellungen wecken könnte, Institutionen mit Zugpferd-Charakter müssten besonders gefördert werden. Weil sich der Aargau gerade durch seine vielfältige, aber auch kleinteilige Kulturlandschaft auszeichnet, wäre eine Fokussierung auf wenige grosse Institutionen fatal.

3. Kulturvermittlung

Grundsätzlich erachten wir den Einbezug der Kulturvermittlung in das Kulturgesetz als sinnvoll und zukunftsfruchtig. Was indessen die Kulturvermittlung an den Schulen betrifft, so möchten wir zu bedenken geben, dass es zum Kernauftrag des Bildungswesens gehört, in jungen Menschen Interesse und Verständnis für Kunst und Kulturschaffen zu erwecken; entsprechend wäre dieser Teil der Vermittlung über das Bildungsbudget zu finanzieren.

Ins neue Gesetz integrierte positive Aspekte der bisherigen Regelungen:

Folgende Punkte möchten wir explizit begrüssen und unterstützen:

1. Dass der Kanton weiterhin ‚vorrangig‘ Personen fördern möchte, geht doch Kulturschaffen immer vom einzelnen Künstler, von der einzelnen Künstlerin aus.
2. Den Fortbestand des bewährten Aargauer Kuratoriums, insbesondere die Beibehaltung seiner Autonomie und seiner Verpflichtung zu unbürokratischer Führung der Geschäfte, sowie dass unter dem Dach dieses Gremiums weiterhin professionelle Kulturschaffende und Fachpersonen mit engem Bezug zum Kulturschaffen zusammen entscheiden.
3. Die durch das Gesetz detailliert und klar ausgeführte Funktionstrennung von Regierung und Kuratorium.

Was uns im Kulturgesetz problematisch scheint:

1. Offener Kulturbegriff

Der Vernehmlassungsbericht weist als Grundlage für das Gesetz auf einen offenen Kulturbegriff im Sinne der UNESCO-Kulturdefinition hin. Ein so weit gefasstes Verständnis finden wir problematisch, weil dadurch der Kulturbegriff schwammig und für die Definition von Förderaufgaben unbrauchbar wird. Wir würden es bevorzugen,

wenn von einer ‚Kunstförderung‘ gesprochen würde (welche durchaus professionelles Kunstschaffen und Schöpfungen von Laien umfassen darf).

2. Abschaffung des Kulturprozents

Auf die problematische Seite dieser Neuerung sind wir bereits oben unter Hauptneuerungen, Punkt 1, eingegangen.

3. Kommission für Kulturfragen

Uns scheint die Abgrenzung zwischen den Aufgaben der Kommission für Kulturfragen und des Kuratoriums zu wenig präzise formuliert (vgl. §10). Das Verhältnis der beiden Gremien muss so geregelt werden, dass keine Kompetenzüberschneidungen entstehen und die Autonomie des Kuratoriums gewährleistet bleibt.

Darüber hinaus müsste aus unserer Sicht die Zusammensetzung der Kommission noch einmal grundsätzlich bedacht werden, insbesondere, was den Einbezug kultureller Kompetenz sowie mögliche Interessenskonflikte von Mitgliedern angeht (§4 Abs. 1).

Was im Kulturgesetz fehlt

Wir bedauern ausserordentlich, dass der Aspekt Soziale Sicherheit im neuen Aargauer Kulturgesetz nicht vorkommt. Kulturförderung soll im Aargau schwerpunktmässig auf die Förderung schöpferischer Persönlichkeiten ausgerichtet werden, was wir, wie oben erwähnt, als positiv erachten. Daher gehört aus unserer Sicht die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für Künstler, zu denen die soziale Sicherheit massgeblich beiträgt, unbedingt in ein gutes Kulturgesetz. Denn gerade solche Rahmenbedingungen stellen sicher, dass auch Kulturschaffende in der Gesellschaft integriert bleiben. Es geht uns nicht um eine Künstlersozialversicherung oder dergleichen, sondern um eine gesetzgeberische Grundlage, damit Lösungen für einen verantwortungsvollen und eigenständigen Umgang von Kulturschaffenden mit ihrer sozialen Absicherung eingeführt werden können. Gerade auf diesem Gebiet böte sich dem Aargau Gelegenheit, ein Zeichen mit landesweiter Ausstrahlung zu setzen.

Wir bitten Sie, im weiteren Verfahren unseren Anliegen Rechnung zu tragen und danken Ihnen für die Möglichkeit, unsere Überlegungen im Rahmen dieser Vernehmlassung vorzutragen.

Freundliche Grüsse

Autorinnen und Autoren der Schweiz (AdS)

Arbeitsgruppe AdS Aargau

Rolf Dorner
Marta Elizondo
Bernard Fassbind
Anna Felder
Brigitte Fuchs

Elly Grothof-Nouwen
Hüseyin Haskaya
August Guido Holstein
Markus Kirchhofer
Virgilio Masciadri

Klaus Merz
Jona Ostfeld
Margrit Schriber
Ernst Strebel
Claudia Storz
Silvia Trummer